

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0214/2017/BV

Datum:
07.06.2017

Federführung:
Dezernat IV, Amt für Chancengleichheit

Beteiligung:

Betreff:

**Umsetzung der Kürzungen im Haushalt 2017/2018,
Teilhaushalt 16 - Amt für Chancengleichheit -
Fachbereich Chancengleichheit am Arbeitsmarkt**

Beschlussvorlage

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Haupt- und Finanzausschuss	20.06.2017	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Gemeinderat	29.06.2017	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Gemeinderat die vom Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit in der Sitzung am 14.03.2017 beschlossenen Anträge (Drucksache: 0046/2017/IV) zu beschließen:

- *Die Verwaltung wird beauftragt, die bisher mit überplanmäßigem Personal (0,5 Vollzeitwert) erbrachten Aufgaben im Bereich „Teilhabegerechtigkeit am Arbeitsmarkt“ weiterzuführen. Der Gemeinderat stimmt der Bereitstellung der dadurch entstehenden überplanmäßigen Personalaufwendungen in Höhe von circa 40.000 Euro pro Jahr zu. Die Umsetzung erfolgt über den Gesamtansatz für die Personalaufwendungen im städtischen Haushalt. Eine Überschreitung des Gesamtansatzes bei den Personalaufwendungen am Jahresende ist im Rahmen des Jahresabschlusses über den Gesamthaushalt auszugleichen.*
- *Zur Deckung von überplanmäßigen Ausgaben bei den Transferaufwendungen „Projekte zur Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit“ im Jahr 2018 wird die Verwaltung beauftragt, Restmittel in Höhe von 31.000 Euro im Teilhaushalt 16 aus dem Jahr 2016 zunächst nach 2017 und später nach 2018 zu übertragen.*

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag:
Ausgaben / Gesamtkosten:	71.000 Euro
Transferaufwendungen	31.000 Euro
Personalaufwendungen pro Jahr	40.000 Euro
Einnahmen:	
Keine	
Finanzierung:	71.000 Euro
• Übertrag Restmittel 2016	31.000 Euro
• Über- / Außerplanmäßiger Mittelbedarf pro Jahr Die Umsetzung erfolgt über den Gesamtansatz für Personalaufwendungen im städtischen Haushalt. Eine Überschreitung des Gesamtansatzes bei den Personalaufwendungen am Jahresende ist im Rahmen des Jahresabschlusses über den Gesamthaushalt auszugleichen.	40.000 Euro

Zusammenfassung der Begründung:

Der Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit hat die oben genannten Anträge beschlossen, um die Fortführung der Aufgabenerledigung beim Amt für Chancengleichheit, Fachbereich Teilhabegerechtigkeit am Arbeitsmarkt im bisherigen Umfang sicherzustellen. Außerdem sollen die ProjektträgerInnen im Jahr 2018 wieder eine Förderung in der Höhe wie im Jahr 2016 erhalten.

Begründung:

In der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit am 14.03.2017 berichtete das Dezernat IV über die Umsetzung der Haushaltsbeschlüsse im Teilhaushalt 16 – Fachbereich Teilhabegerechtigkeit am Arbeitsmarkt durch die Streichung der Stellenschaffung (0,5 Vollzeitwert) in diesem Bereich und Kürzung der entsprechenden Personalmittel sowie durch die Kürzung von 31.000 € jährlich bei Projekten zur Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit (**Drucksache: 0046/2017/IV**).

Daraufhin beauftragte der Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit die Verwaltung, die **Informationsvorlage Drucksache: 0046/2017/IV** mit den darin beschlossenen Anträgen in eine der nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses einzubringen.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
AB 14	+	Förderung von Initiativen von und für Menschen, die am ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben. Begründung: Durchführung von niederschweligen Maßnahmen und Angeboten für Leistungsbezieher U25 aus dem Rechtskreis des SGB II Ziel/e:
SOZ 1	+	Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern Begründung: Durch Maßnahmen und Angebote erhält die Zielgruppe trotz individuellen Problemlagen die Möglichkeit, sich wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren Ziel/e:
SOZ 9	+	Ausbildung und Qualifizierung junger Menschen sichern Begründung: Durch Maßnahmen und Angebote soll die Zielgruppe durch eigene Erwerbstätigkeit und ohne öffentliche Transferleistungen ihren Lebensunterhalt sichern können.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Durch die Kürzungen können Maßnahmen und Angebote für die Zielgruppen nur noch eingeschränkt durchgeführt werden.

gezeichnet
Wolfgang Erichson

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Ergebnisblatt aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit am 14.03.2017 zur Informationsvorlage Drucksache: 0046/2017/IV